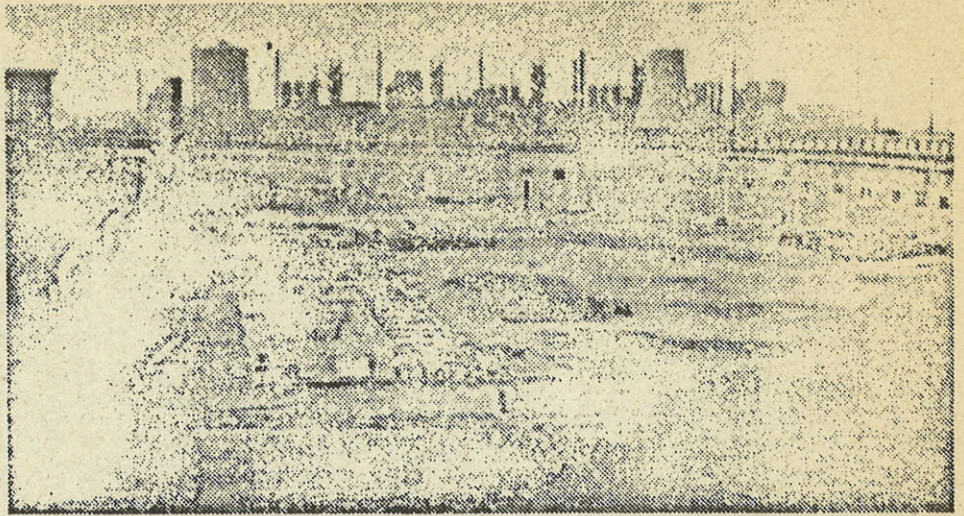


Kampf um Gedenkstätte im Betrieb

P + S will ehemalige KZ-Blocks abreißen

Das „Komitee Dokumentationsstätte Drütte“ hat bei der Bezirksregierung Braunschweig beantragt, das Areal des früheren KZ Drütte auf dem Werksgelände der Stahlwerke Peine-Salzgitter (P + S) einschließlich aller Gebäude und Teile der Hochstraße unter Denkmalschutz zu stellen. Das Komitee möchte hier eine Gedenk- und Dokumentationsstätte einrichten. Komiteesprecher und DGB-Kreisvorsitzender Erwin Thielen: „Unser Bestreben geht dahin, breiten Bevölkerungsschichten die Möglichkeit einzuräumen, hautnah die Greuel des Faschismus vor Augen zu führen. Als Mahnung für alle, daß sich so etwas nicht wiederholen möge.“

Das Projekt Drütte wird vom Stadtrat Salzgitter, von den Gewerkschaften, der SPD, den Grünen, der VVN, der IG-Metall-Vertrauenskörperleitung und dem Betriebsrat der Stahlwerke P + S, der Vertrauenskörperleitung der VW-Werke Salzgitter sowie verschiedenen Verbänden und Vereinen der Stadt Salzgitter unterstützt. Sie alle wollen den Umstand nutzen, daß die Häftlingsblocks unter der Hochstraße, die heu-



Das KZ Drütte unter der Hochstraße der Hüttenwerke in einer Aufnahme von Anfang 1946. Foto: Archiv

te zum Bauhof der Stahlwerke gehören, noch erhalten sind. Hier könnten nach den Plänen des Komitees Einrichtungen des ehemaligen KZ rekonstruiert werden. „Auch gibt es unseres Wissens keinen anderen Ort, an dem die enge Verflechtung von nationalsozialistischem Staat, Großindustrie, Konzentrationslager und Zwangsarbeit optisch und atmosphärisch so deutlich hervortritt“, betont Erwin Thielen.

Die bundeseigene Salzgitter AG wendet dagegen jedoch ein, „aus sicherheitstechnischen Gründen“ könne der öffentliche Zugang zu dem ehemaligen KZ-Areal innerhalb des Betriebsgeländes nicht möglich gemacht werden. Außerdem benötige

P + S das „Gesamtgelände einschließlich der Hochstraße“ für den Bau neuer Betriebsanlagen. Dazu sollen die alte Hochstraße und die darunter liegenden ehemaligen Häftlingsblocks abgerissen werden.

Der P + S-Betriebsrat hat dem widersprochen. Seiner Meinung nach sind Werksausbau und öffentlich zugängliche Gedenk- und Dokumentationsstätte durchaus vereinbar. Doch dazu ist zunächst die Erhaltung der Baulichkeiten des ehemaligen KZ erforderlich. Der Antrag des Komitees an die Bezirksregierung, die Gebäude unter Denkmalschutz zu stellen, wird von den Grünen durch entsprechende Anträge in Landtag und Bundestag flankiert.

Nach ein paar Monaten stand schon das Konzept

Das Projekt „Aktive Gedenkstätte Wegscheide“

Der im Juli 1985 gegründete Verein „Die Wegscheide mahnt – Den Frieden sichern“ hat bereits mehr als 60 Mitglieder. In unserem September-Heft 1985 hatten wir die wechselvolle Geschichte der „Wegscheide“ (Truppenübungsplatz und Kriegsgefangenenlager im ersten Weltkrieg, Landschulheim ab 1921, Kriegsgefangenenlager im zweiten Weltkrieg, Flüchtlingslager bis 1949 und dann wieder Landschulheim) dargestellt und von dem Vorhaben des Vereins berichtet, dort eine Mahn- und Gedenkstätte zu errichten.

Inzwischen hat der Verein ein detailliertes Konzept für sein Vorhaben vorgelegt. Er schlägt vor, eine „Aktive Gedenkstätte“ zu errichten. „Sie soll kein Ort ausschließlich passiven Gedenkens, sondern ein Ort aktiven Lernens sein. Sie soll die im Schuldorf Wegscheide weilenden Schüler und Lehrer und darüber hinaus die

breitere Öffentlichkeit zur Auseinandersetzung mit der Geschichte anregen und in einer der heutigen Nutzung der Wegscheide als Schullandheim wie auch ihrer Geschichte angemessenen Form geschichtlich-gesellschaftliches Wissen vermitteln.“

So ist ein „Aktives Museum“ geplant, das eine Ausstellung zur Geschichte der Wegscheide, ein Friedenshaus mit Spiel-, Vortrags- und Gruppenräumen sowie Bibliotheks- und Dokumentationsräume umfassen soll.

Das Konzept der „Aktiven Gedenkstätte“ bezieht auch den nahen „Russenfriedhof“, einen „Flüchtlingsfriedhof“ und die umliegenden Dörfer, deren Bewohner zweimal dem Truppenübungsplatz weichen mußten, in das Projekt mit ein. Ein historisch-naturkundlicher Lehrpfad soll all diese Stätten miteinander verbinden und auf Hinweistafeln die Be-

deutung der Orte erklären. So soll der „Russenfriedhof“ eine Hinweistafel erhalten, die den Besucher darüber informiert, warum und durch wen die Kriegsgefangenen „fern ihrer Heimat starben“ – wie es bisher nur auf einem Gedenkstein heißt.

Das „Aktive Museum“ will der Verein in drei erhalten gebliebenen alten Häusern des Kinderdorfes, den ehemaligen Pferdeställen, einrichten. Er legt aber auch Wert darauf, daß weitere alte Häuser als Kulturgut erhalten werden. So das Willemine-von-Weinberg-Haus, benannt nach einer wohlhabenden Förderin des Kinderdorfes, deren jüdische Familienmitglieder von den Nazis ermordet wurden. Dieses Haus zu erhalten und mit ihm ein Kapitel Verfolgungsgeschichte zu vermitteln, wäre nach Meinung des Vereins zugleich „auch aufrichtiges Gedenken der Opfer des Faschismus und ein Stück Wiedergutmachung“.

Der Verein hat die Stiftung Wegscheide und die Stadt Frankfurt als Träger des Schullandheimes aufgefordert, von eventuell geplanten Abrißmaßnahmen Abstand zu nehmen und mit ihm über die Erhaltung und alternative Nutzung der Gebäude in Verhandlungen zu treten.